



**Protokoll der 37. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 14. November 2018, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber

Namensaufruf: 33 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Sandro Erne, Gemeinderätin Andrea Ferraro, Gemeinderat Samuel Kienast, Gemeinderat Robin Kurzbein, Gemeinderat Michael Lerch, Gemeinderätin Irina Meyer, Gemeinderat Christoph Tschanen

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Herbert Vetter

Traktanden

- 207 Mitteilungen
- 208 Protokoll der Sitzung vom 24. Oktober 2018
- 209 Motion betreffend "Papierverzicht für Mitglieder des Gemeinderates" von Gemeinderätin Félicie Haueter
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit
- 210 Totalrevision des Reglements über den Erwerb des Bürgerrechts der Politischen Gemeinde Frauenfeld (Einbürgerungsreglement EBR)
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, wir befinden uns im Moment in einem sehr geschichtsträchtigen Monat November. 100 Jahre Landesstreik, 100 Jahre Ende des Ersten Weltkriegs und 80 Jahre seit der verhängnisvollen Pogromnacht. Alles Ereignisse, die wir nur noch aus dem Geschichtsbuch kennen. Aber, und das ist das Tragische daran, alles Ereignisse, die nichts an Aktualität eingebüsst haben. Wieder haben wir überall auf der Welt von Nord- bis Südamerika, von Nord- bis Südasien und von Nord- bis Südeuropa Populisten mit gefährlichem Gedankengut an der Macht. Und die Forderungen des Oltener Komitees bewegen die Menschen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber weiter, obwohl wir 100 Jahre später haben. AHV, Arbeitszeit, Gleichberechtigung sind Themen, die nach wie vor auch hier nichts an Aktualität eingebüsst haben. Politik sollte eigentlich lernen aus der Vergangenheit und nicht zu Wiederholungstätern werden. Insbesondere die Schweiz, die sich immer wieder wie Igel im Herbst eingerollt und schlafend gestellt hat und heute noch stellt. Seien wir als heutige Politiker also offen für neue Beziehungen und nehmen alle Menschen mit auf den Weg für eine lebenswerte Stadt Frauenfeld. Von links bis rechts und auch die Mitte.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren und Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 33 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.
Stadträtin Christa Thorner wird später zur Sitzung stossen.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

207

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):

1. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
 - Einladung für die Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember. Hierzu möchte ich noch etwas sagen. Bis jetzt hielt ich mich mit Kritik am Stadtrat aus bekannten Gründen weitgehend zurück. Heute kann ich jedoch nicht anders. Es ist kein fairer Umgang mit dem Präsidium, wenn ihm vom Stadtrat – jetzt schon zum zweiten Mal – Geschäfte geradezu aufgedrängt werden, immer mit der Begründung, dass es schon im Budget so berechnet ist. Im Sinn des AZP und dessen Personal werde ich nicht riskieren, dass sie ohne Budget dastehen. Ich werde auch dieses Mal den Kopf hinhalten und mich mit der Kritik meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat auseinandersetzen. Die Haut wird immer dicker. Aber ich erwarte vom Stadtrat im neuen Jahr mehr Fairness und mehr Informationen zu den Geschäften, denn mein Neujahrsvorsatz ist jetzt schon beschlossen. Ich lasse mich nicht weiter so unter Druck setzen bei der Festlegung der Tagesordnung. Der Stadtrat hat sich an die neue Gemeindeordnung und an das Geschäftsreglement zu halten wie alle anderen auch. Ich bedaure sehr, aber meine Geduld und Kulanz ist aufgebraucht.
 - Wortlaut des Einzelbeschlusses zur Motion von Gemeinderätin Félicie Haueter zur Information, was ich euch von Herbert Vetter zukommen liess.
 - Im Budgetordner 2019 in Register 3 hat sich im Dokument "Institutionelle Gliederung nach Ausgabeart" ein Fehler eingeschlichen. Es wurden nur die Ertragskonten aufgeführt. Die Aufwandkonten fehlen. Im Register 3 muss das rosafarbene Dokument ersetzt

werden. Neu beinhalten die rosa Blätter die Seiten 1 bis 56. Das Übersichtsblatt bleibt bestehen, auch dies finden Sie in Ihrer Mappe.

2. Gemeinderat Peter Hausammann und Gemeinderat Stefan Geiges haben eine Motion mit dem Titel "Gewinnablieferung der Werkbetriebe" eingereicht. Diese wird herumgereicht. Bitte am Schluss an das Präsidium bzw. Herbert Vetter abgeben.

Gibt es noch weitere einfache Anfragen, Interpellationen, Anliegen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

208

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 24. OKTOBER 2018

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Das Protokoll der 36. Sitzung des Gemeinderats wurde am 2. November 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen, Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch, 24. Oktober gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

209

MOTION BETREFFEND "PAPIERVERZICHT FÜR MITGLIEDER DES GEMEINDERATS" VON GEMEINDERÄTIN FÉLICIE HAUETER

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Mit Beschluss Nr. 250 wurde die Motion betreffend "Papierverzicht für Mitglieder des Gemeinderats" von Gemeinderätin Félicie Haueter vom Stadtrat am 2. Oktober 2018 beantwortet. Da wir schon lange keine Motion mehr beraten haben, wiederhole ich kurz, was das Reglement zum Ablauf für die Debatte im Rat vorsieht. Nach Beantwortung der Motion wird über die Erheblichkeit beraten und abgestimmt. Wird die Motion erheblich erklärt, entscheidet der Rat, ob das Geschäft zur Antragstellung einer Kommission oder dem Stadtrat zu überweisen ist. Ist der Stadtrat einverstanden, kann es auch gleich beraten werden. Im vorliegenden Fall hat sich der Stadtrat in der Botschaft geäußert, dass er einverstanden ist, mittels Einzelbeschluss des Gemeinderats das Anliegen von Gemeinderätin Félicie Haueter gleich zu entscheiden. In meinem Namen hat Gemeinderatssekretär Herbert Vetter den Fraktionen und Gemeinderat Fredi Marty den Vorschlag zum Einzelbeschluss zugestellt. Werden wir uns nicht einig sein über den Einzelbeschluss, mache ich den Vorschlag, das Geschäft der GPK Finanzen und Administration gemäss Botschaft des Stadtrats zu überweisen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint allgemein Zustimmung zu finden. Wir beraten nun als ersten Punkt die Erheblichkeit der Motion.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP): Schon rasch nach Antritt meines Amts als Gemeinderätin sind mir die grossen Papiermengen aufgefallen, die jedes Ratsmitglied erhält. Umso mehr, als ich mir aus anderen Gremien und in meinem Beruf als Ärztin in den Psychiatrischen Diensten Thurgau gewohnt bin, dass alle Systeme auf ein möglichst papierloses Arbeiten umgestellt wurden. Ziemlich am Anfang meiner Ratstätigkeit hatte ich mich einmal bilateral darüber mit Ratskollegen über das Thema unterhalten, hatte damals von verschiedenen Seiten gehört, dass die Stadt einen Papierversand bevorzuge, weil nur so sichergestellt werden könne, dass alle die Unterlagen erhalten. Aus diesem Grund unternahm ich nichts und die Papierberge zuhause wuchsen an. Schliesslich wollte ich es aber doch wissen, und in der Diskussion in der SP-Fraktion entstand die Idee zur vorliegenden Motion. Umso überraschter und erfreuter war ich über die rasche und positive Antwort der Stadt, in der gleich auch konkrete Vorschläge zu einer Umsetzung enthalten sind. Vielen Dank dafür. Ich spreche mich in diesem Rahmen dafür aus, die Motion für erheblich zu erklären. Hier darf ich ebenfalls im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen aus der

Fraktion SP/GWB/Juso sprechen. Dabei würden wir als Fraktion auch die in der Beantwortung enthaltenen Vorschläge der Stadt zur konkreten Umsetzung so gutheissen, also zum Beispiel die jährliche Entschädigung in der Höhe von 100 Franken.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Motion und der Motionärin für die Einreichung des Vorstosses. Grundsätzlich erachten wir das Anliegen, möglichst darauf zu verzichten, Gemeinderatsunterlagen für alle Gemeinderäte auszudrucken und per Post zu verschicken, als sinnvoll. Trotzdem sind wir der Ansicht, dass es für jeden Parlamentarier möglich sein soll, wählen zu können, ob er die Unterlagen elektronisch oder in Papierform beziehen möchte. Es muss für jeden potenziellen Gemeinderat möglich sein, am Ratsbetrieb teilzunehmen, unabhängig von seinen Möglichkeiten, mit elektronischen Geräten und Medien umzugehen. Eine in der Beantwortung der Motion angesprochene Entschädigung für einen Verzicht auf Gemeinderatsunterlagen in Papierform wäre aus unserer Sicht nicht zwingend. Einige Fraktionsmitglieder haben nicht verstanden, warum in der Beantwortung keine Angaben zu den möglichen Kostenersparnissen bei einem Papierverzicht gemacht wurden. Das wäre sicher möglich gewesen und bereits eine Schätzung hätte massgeblich dazu beigetragen, die finanziellen Auswirkungen beurteilen zu können. Aus unserer Sicht sollte aber, auch wenn nur ein Teil der Gemeinderäte auf Papier verzichtet, eine Kostenersparnis resultieren. Anstatt diese für eine Entschädigung zu brauchen, sollte das Extranet benutzerfreundlicher gemacht werden. Insbesondere die Suchfunktion sollte mehr Möglichkeiten bieten und eine Dokumentenvorschau wäre zum Beispiel hilfreich. Die Fraktion FDP wird die Motion einstimmig als erheblich erklären und ist auch damit einverstanden, dass die Umsetzung mit einem Einzelbeschluss an den Stadtrat überwiesen wird.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion ist für Eintreten. Wir gehen davon aus, dass in einem zweiten Teil über den Einzelbeschluss, den wir fällen sollen, diskutiert werden kann.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Das ist richtig. Zuerst geht es um die Erheblichkeit.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich bin unsicher, ob ich jetzt zur Motion Stellung nehmen soll oder nachher.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wie ich am Anfang gesagt habe, geht es im Moment nur um die Erheblichkeit. Sind die Fraktionen einverstanden, die Motion erheblich zu erklären? Sonst können wir nachher nicht weiterdiskutieren.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Die Fraktion möchte die Motion erheblich erklären.

Abstimmung

Die Motion betreffend "Papierverzicht für Mitglieder des Gemeinderats" von Gemeinderätin Félicie Haueter wird einstimmig als erheblich erklärt.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wir werden nun den Einzelbeschluss gemäss Art. 43 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Gemeinderats beraten. Bei der Umfrage im Vorfeld fand ein Vorschlag von Gemeinderat Peter Hausammann eine Mehrheit, deshalb schlage ich Ihnen als erstes vor, über seinen Wortlaut zu diskutieren. Der Vorschlag lautet wie folgt: "Die Unterlagen für die Mitglieder des Gemeinderats werden ab Legislaturbeginn 2019/2023 grundsätzlich elektronisch zugestellt. Der Stadtrat regelt die Ausnahmen und die Details."

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Unsere Fraktion ist mit der Regelung per Einzelbeschluss durch den Stadtrat einverstanden, so wie er vorgeschlagen wurde.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion ist für einen Einzelbeschluss. Wir stellen aber dann einen Antrag, der ein wenig klarer formuliert, was entschieden werden soll, weil wir dem Stadtrat hier nicht die volle Freiheit geben möchten.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Können Sie vielleicht den Antrag jetzt stellen? Dann könnten wir schon darüber beraten, welchen Einzelbeschluss wir dann wirklich wollen.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Ich habe es vorhin so verstanden, dass wir nur etwas zum Antrag von Peter Hausammann sagen sollen. Aber ich mache das natürlich gern. Wir sprechen heute über etwas eine spezielle Motion. Wir finden drei Mal komisch.

1. Hat die Stadtkanzlei bereits zwei Monate vor der Einreichung der Motion bei der Gemeinderatspräsidentin, also bei der Parteikollegin den Antrag nach papierlosen Gemeinderatssitzungen gestellt. Aber lieber macht man es halt mit einer medienwirksamen Motion. Ein Motiv, die Motion nicht erheblich zu erklären.
2. Die Motionärin geht weniger weit als der Stadtrat auf Seite 2 der Botschaft zuunterst. Sie anerkennt ausdrücklich, dass es vermutlich auch Mitglieder des Gemeinderats gibt, die weiterhin mit Papier bedient werden wollen. Gut so, Frau Motionärin. Der Stadtrat will komischerweise die Details allein regeln, nachdem er im zweiten Abschnitt der gleichen Seite darüber jammert, dass gemischte Lösungen mehr Personalaufwand verursachen. Ein Motiv, die Motion nicht erheblich zu erklären oder in die GPK zu geben. Fakt ist aber, dass die Gruppenmails mit Hinweis auf Aufschaltung im Intranet sicher weniger Aufwand verursachen werden als das Verpacken der restlichen Exemplare. Auch beim Porto wird ja gespart und Bäume werden geschont.
3. Betreffend Budget- und Rechnungsunterlagen anerkennt der Stadtrat, dass Papier vermutlich weiterhin einem Bedürfnis entspricht. In der kurzen Lösung steht davon aber nichts. Ein Motiv, die Motion nicht erheblich zu erklären oder in die GPK zu geben.

Doch was machen wir nun, wenn wir jetzt schon so viel über das Thema gesprochen haben? Wir von der CVP/EVP-Fraktion sind da ganz pragmatisch. Erledigen wir doch, was das Büro des Gemeinderats vermutlich auch hätte allein machen können. Statt ein Reglement zu erlassen oder eine GPK damit zu beschäftigen, veranlassen wir, wie der Stadtrat es vorschlägt, einen Einzelbeschluss des Gemeinderats. Aufgrund meiner obigen Hinweise lautet der unseres Erachtens, wie ich ihn auch formell zugestellt habe: "Ab 2019 wird jedes Mitglied des Gemeinderats jährlich zu Beginn der Legislatur angefragt, ob es 1. die Budgetunterlagen oder 2. die Rechnungsunterlagen oder 3. die übrigen Unterlagen elektronisch oder auf Papier erhalten will. Wer sich zumindest bei Ziffer 3 für die elektronische Lösung entscheidet, bekommt eine Pauschalentschädigung von 100.- Franken." Die entspricht unseres Erachtens dem, was der Stadtrat mit gutem Gewissen hätte ausführen können, wenn der Einzelbeschluss gemäss Botschaft gefasst worden wäre. Die Begründung habt ihr nun gehört. Unseres Erachtens dürfte der Start aber schon vor dem nächsten Legislaturbeginn sein. Wir sind in der Fraktion CVP/EVP einstimmig für den Entscheid in dieser Form und hoffen, dass Sie dieser Argumentation folgen können. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Zustimmung.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unsere Fraktion unterstützt den Vorschlag, die meisten Dokumente nur noch elektronisch abzugeben. Es muss aber die Möglichkeit bestehen, dass die Mitglieder des Gemeinderats die Wahlfreiheit haben, ob sie die Unterlagen zusätzlich in Papierform beziehen möchten. Der Unterschied vom Arbeitgeber oder einem Milizsystem sollte hier berücksichtigt werden. Den personellen Zusatzaufwand für diese Wahlfreiheit können wir nicht nachvollziehen. Zudem sehen wir zurzeit nicht,

dass ein möglicher Papierverzicht reglementarisch festgehalten wird. Unsere Fraktion lehnt eine zusätzliche Entschädigung für Ratsmitglieder grossmehrheitlich ab.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ja, wir möchten diese Motion und somit auch den Antrag unterstützen und Folge leisten, jedoch nicht direkt zum Thema auch noch etwas sagen und das Ökosystem thematisieren. Öko in diesem Fall nicht zwingend nur ökologisch, sondern wirklich das Ganze rundum. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat durchaus in der Lage ist, mit dem vorliegenden Text – nun korrigiert – eine sinnvolle Lösung auszuarbeiten. Wie Sie alle wissen, bin ich selbst meines Zeichens Digital Native, sowieso meist hinter dem Bildschirm unterwegs und sowieso grossmehrheitlich papierlos. Nun ist aber für mich auch klar, dass hier verschiedene Bedürfnisse und Vorlieben aufeinandertreffen und diese sollten auch unterstützt werden. Deshalb empfinden wir es als zwingend, dass die Wahlmöglichkeit weiterhin besteht. Hierbei sind wir grundsätzlich überzeugt, dass je länger je mehr automatisch der Verzicht auf Papier gewinnen wird. Es ist uns aber ein Anliegen, auch klarzustellen, dass Papierverzicht nicht automatisch grün ist, auch wenn das vielleicht in der Botschaft so klingt. Es hört auch nicht bei der Stromnutzung oder Produktion des genutzten elektronischen Geräts auf, sondern es müssen natürlich auch die dazugehörige Internetnutzung, ökologischer Fussabdruck etc. eingerechnet werden. Sie merken es schon, so schön das Argument klingt, so wenig stichhaltig ist leider der ökologische Nutzen eines Papierverzichts. Insbesondere wenn dann die beiden grossen Übeltäter, das Budget und die Rechnung gleich von Anfang an ausgenommen werden. Wir möchten an dieser Stelle auch anmerken, dass die gewählte Form des parlamentarischen Vorstosses innerhalb unserer Fraktion zu diskutieren gab. So hätte es durchaus die Möglichkeit gegeben, sich hier auf bilateralem Weg abzusprechen und Dinge anzustossen, dies aber nur nebenbei. Soviel direkt zur Motion.

Erlauben Sie mir aber noch kurz, das Thema ganzheitlich anzusprechen. So ist es wichtig, hier etwas weiterzudenken. Wir haben es von der FDP gehört, es ist wichtig, dass die Stadt Frauenfeld nicht einfach den Drucker nicht mehr betätigt. Dies sollte das Endresultat sein. Es muss dringend eine ganzheitliche und zuverlässige Informationsverwaltung angestrebt werden, dies umfasst, um nur ein paar zu nennen, die Adressverwaltung, die Dokumentenverwaltung, den Informationsfluss sowie Mittel der Zusammenarbeit. Da gibt es diverse Ansätze, welche hier verfolgt werden könnten, welche die Einfachheit, die Effizienz und auch die Koordination steigern würden. In diesem Sinn besten Dank und wie gesagt, wir als Fraktion unterstützen die vorliegende Variante.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Um dem Risiko vorzubeugen, dass dieser CVP-Antrag in diesem Wortlaut eine Mehrheit findet, stelle ich einen Gegenantrag zum CVP-Wortlaut ohne den Satz mit der Entschädigung von 100.- Franken. Der Stadtrat begründet diese zusätzliche Entschädigung in der Antwort mit zwei Möglichkeiten. Einerseits, wenn man zuhause trotzdem Papier ausdrucken muss, dass das entschädigt wird. Wenn wir mit der CVP-Formulierung eine Wahlmöglichkeit einführen, dann fällt das weg, dann ist es sicher nicht nötig, dass man da noch eine Zusatzentschädigung auszahlt, weil ja, wer will, das weiterhin durch die Stadt ausdrucken lassen kann. Die zweite Begründung ist, es sei eine Entschädigung für technische Geräte. Ich finde es gefährlich, wenn wir jetzt beginnen, diejenigen, die papierlos arbeiten, zusätzlich zu entschädigen. Denn ich bin überzeugt, dass jeder hier im Rat, egal wie papierlos er arbeitet, technische Geräte benötigt, einen Computer und eine Infrastruktur benötigt. Wenn das wirklich ein Bedürfnis ist, sollten wir die Entschädigung für jeden erhöhen, der diese Geräte benötigt und das nicht durch die Hintertür einführen. Ich bin dagegen, dass die Entschädigung erhöht wird. Es hat mich auch erstaunt, dass die Idee, 4'000.- Franken jährlich mehr auszugeben, gerade vom Stadtrat gekommen ist. Ich bin der Meinung, es ist nicht nötig, darum würde ich dieselbe Formulierung, wie die CVP verwendet hat einfach ohne diesen Zusatz gern dem Antrag gegenüberstellen.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP): Ich bitte Sie, den Antrag der CVP zu unterstützen. Ich komme ein bisschen vom Altertum her. Nach meiner Meinung ist es in dieser Stadt nicht Zwang,

dass man irgendwelche technischen Mittel beherrschen oder können muss, um in den Gemeinderat zu gehen. Es ist sicher möglich, aber es ist nicht Zwang. Darum bin ich der Meinung, hat man nach wie vor das Recht auf Papier. Also bin ich auch der Meinung, es muss zuerst das Papier folgen, dann können wir es über technische Hilfsmittel machen. Das ist für mich relativ wichtig, wie wir in Zukunft umgehen und wie wir mit der Digitalisierung umgehen. Man kann nicht einfach alle, die bis jetzt nicht mitmachen, links liegen lassen. Daher bin ich der Meinung, ist die Formulierung der CVP/EVP richtig.

Allgemein muss ich sagen, seit über 20 Jahren, und das wissen die Älteren von Ihnen auch, wird mir papierloses Büro angepriesen. Seit über 20 Jahren papierloses Büro. Ich brauchte in meiner Firma früher pfundweise Papier, heute palettweise. Der Hauptgrund für den palettweisen Papierverbrauch ist hauptsächlich, weil Leute im Berufsleben, wenn wir hier als Gemeinderat von unseren Vorgesetzten, von unseren vorgegebenen Stellen immer mehr wissen wollen, immer komplexere Antworten haben müssen und man dadurch halt immer entsprechend komplexe Antworten erhält, wo es nicht immer ganz für alle einfach ist, auf einem Bildschirm, wenn er dann noch so klein ist, anzuschauen. Im Büro löst man es heute ja so, dass bald jeder zwei Bildschirme hat, damit er es vorweg vergleichen kann. Darum muss ich schon bitten, dass es nicht die Idee sein kann, dass im Gemeinderat am Schluss jeder zwei oder drei Bildschirme hat, damit wir es vergleichen können. Ich bitte Sie, dem Antrag der CVP/EVP zuzustimmen. Denn zuerst kommen wir und dann kommt die Technik und dann die Neuen, die weiterschauen wollen. Es geht nicht gegen die Digitalisierung, aber bitte mit ein bisschen Respekt vor dem Alter.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir sind in der CVP/EVP-Fraktion einstimmig der Meinung, dass wir unseren Antrag zugunsten des Antrags von Thomas Gemperle zurückziehen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Ich habe noch eine Frage zum Antrag. Es steht hier: "Ab 2019 wird jedes Mitglied des Gemeinderats jährlich zu Beginn der Legislatur [...]". Der Beginn der Legislatur ist nur einmal. Einfach damit es beim Stadtrat präzise ankommt. Jährlich oder zum Beginn der Legislatur? Was möchtet ihr?

Gemeinderat Christoph Regli (CVP): Jährlich streichen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Soll ich jährlich streichen? Okay. Gut, vielen Dank für die Präzisierung. Dann stimmen wir jetzt über den angepassten Antrag von Thomas Gemperle ab. Dieser steht jetzt zur Auswahl als Einzelbeschluss. Er lautet: "Ab 2019 wird jedes Mitglied des Gemeinderats zu Beginn der Legislatur angefragt, ob es 1. Budgetunterlagen, 2. Rechnungsunterlagen, 3. übrige Unterlagen elektronisch oder auf Papier erhalten will."

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen: Ich möchte in meinem Namen den Antrag stellen, die Sache so zu regeln, wie es auf der Tischvorlage geschrieben steht und dem Stadtrat das Vertrauen auszusprechen, das im Sinne der Diskussionen heute zu regeln ohne 100.- Franken.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wir machen jetzt eine Abstimmung der beiden Anträge gegeneinander. Der Antrag von Thomas Gemperle lautet: "Ab 2019 wird jedes Mitglied des Gemeinderats zu Beginn der Legislatur angefragt, ob er 1. Budgetunterlagen, 2. Rechnungsunterlagen, 3. übrige Unterlagen elektronisch oder auf Papier erhalten will." Der Antrag von Heinrich Christ lautet: "Die Unterlagen für die Mitglieder des Gemeinderats werden ab Legislaturbeginn 2019–2023 grundsätzlich elektronisch zugestellt. Der Stadtrat regelt die Ausnahmen und die Details." Diese zwei Anträge stehen jetzt gegeneinander.

Abstimmung

Der Antrag von Thomas Gemperle obsiegt mit 25 Stimmen über den Antrag von Heinrich Christ mit 7 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Somit kommen wir der Form halber zur Beschlussfassung des Einzelbeschlusses zuhanden des Stadtrats, der nun lautet: "Ab 2019 wird jedes Mitglied des Gemeinderats zu Beginn der Legislatur angefragt, ob er 1. Budgetunterlagen, 2. Rechnungsunterlagen, 3. übrige Unterlagen elektronisch oder auf Papier erhalten will."

Abstimmung

Der Einzelbeschluss wird einstimmig genehmigt.

210

Totalrevision des Reglements über den Erwerb des Bürgerrechts der Politischen Gemeinde Frauenfeld (Einbürgerungsreglement)

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Am 24. September haben wir von der Einbürgerungskommission die Botschaft zur Totalrevision des Einbürgerungsreglements erhalten. Die Anpassungen wurden aufgrund der revidierten eidgenössischen und kantonalen Rechtsgrundlagen nötig. Wir werden wie immer erst das Eintreten, anschliessend die Details beraten. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Einbürgerungskommission der Stadt Frauenfeld musste ihr Reglement aufgrund der Änderungen bei kantonalem und eidgenössischem Recht anpassen. Dies geschah rückwirkend auf den 1. Januar 2018. Konkret wollte man damit erreichen, dass einzig unregelte Einzelheiten auf Gemeindeebene festgeschrieben werden. Den Rest hat man somit gestrichen. Weiter wurde aufgrund der Gesetzesänderungen auch das Nachverfahren abgeschafft. Neu ist die einzige verbleibende Aufgabe der Kommission die Integrationsprüfung. In der GPK gab es relativ wenig Diskussion zu diesem Thema. Einzig haben wir festgestellt, dass der Text zu Art. 12 in der Botschaft eigentlich den Art. 13 sowie jener zu Art. 13 den von Art. 14 betreffen. Weiter wurde kurz diskutiert, ob die rückwirkende Einführung sinnvoll sei. Die GPK hat dann aber festgestellt, dass das übergeordnete Recht sowieso per 1. Januar 2018 gilt und somit auch das Frauenfelder Reglement auf dieses Datum rückwirkend eingesetzt werden sollte. Die GPK Finanzen und Administration hat der Revision des Einbürgerungsreglements einstimmig zugestimmt und empfiehlt Ihnen somit die Annahme.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Wir haben es gehört, es ist nötig, wir sind deshalb auch für Eintreten. Ich möchte einfach jetzt schon mitgeben, wir sind nicht überall zufrieden.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Ihren Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist. Wir kommen somit zur Detailberatung. Hier schlage ich Ihnen vor, dass wir das Reglement Seite für Seite beraten. Bitte nennen Sie uns die Artikelnummern und den Absatz, wenn Sie zu dem eine Bemerkung haben. Wir können erst auch allgemeine Voten vorangehen lassen. Da könnt ihr sagen, was ihr wollt.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Wie gesagt, wir sind nicht überall zufrieden oder glücklich. Denn das Einbürgerungsreglement, das wir vor acht Jahren hier in diesem Rat beraten haben, wird obsolet. Damals ging es darum, die Gesuche von Einbürgerungswilligen in der Kommission zu prüfen und die Diskussion um die Einbürgerungen zu versachlichen. Denn bis dahin wurde das Gespräch vom Stadtrat durchgeführt und wir mussten dann aufgrund dieser Informationen im Rat alle darüber abstimmen, ob die Person eingebürgert werden soll oder nicht. Ich war zu Beginn in der Einbürgerungskommission dabei, es war eine sehr interessante Zeit. Wir durften die einbürgerungswilligen Personen jeweils im Kurzen besuchen, kennenlernen und befragen. Dies soll weiterhin so bleiben und das ist si-

cher eine gute Entscheidung. Das Kammernsystem hat sich bewährt. So ist die zahlenmässige Übermacht der Kommissionsmitglieder an diesen Gesprächen nicht ganz so erdrückend. Was aber ganz klar zu hoch angesetzt wurde, ist die Sprachhürde. Das ist das, was unserer Meinung nach falsch gelaufen ist, auch wenn wir dazu nichts mehr zu sagen haben. Aus meinen Erfahrungen gibt es bei der Sprache zwei mögliche Varianten. Die erste Variante waren meist sogenannte Secondos, die aufgrund dessen, dass sie hier aufgewachsen sind und hier die Schulen besucht haben, keine Probleme mit der Sprache hatten. Sie sind entsprechend auch von der Sprachprüfung befreit. Die zweite Gruppe waren dann meist Leute im Alter von 50+, welche schon einige Jahre im Land waren, aber trotzdem noch sprachliche Defizite aufweisen. Die vor vier Jahren in diesem Rat beschlossene Erhöhung konnten diese mit viel Einsatz wohl noch erreichen. Die bürgerliche Seite hat im Kantonsrat leider eine nochmals weitergehende Regelung beschlossen, die uns nun vorgegeben ist und unserer Meinung nach nicht mehr tragbar ist. Wir werden viele gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer vor den Kopf stossen, wenn wir ihnen sagen, dass sie sich halt mehr Zeit fürs Deutsch lernen hätten nehmen müssen, als von morgens bis abends auf der Baustelle zu arbeiten oder abends als Putzhilfen unsere Schulhäuser zu reinigen. Wir wissen, dass dies hier nicht mehr zur Diskussion steht. Aufgrund der weitreichenden Konsequenzen ist es aber unser Recht, dies nochmals zu bemängeln.

Ansonsten werden viele Punkte aufgehoben, weil sie an anderer Stelle bereits definiert werden. Eine weitere Vereinheitlichung ist wünschenswert, da es sich eigentlich nur um einen Verwaltungsakt handeln sollte und alle Emotionen ausgelassen werden sollten. Dass dies nicht immer möglich ist, ist klar, geht es hier doch um Menschen, die von Menschen beurteilt werden. In diesem Sinn finden wir auch die neu vorgeschriebene Integration der gesamten Familie wichtig, auch wenn sich nicht die gesamte Familie einem Einbürgerungsverfahren stellt. Entdeckt die Einbürgerungskommission nun einen solchen Fall, kann sie eine Verbesserung der Situation der restlichen Familienmitglieder erreichen, wenn das Einbürgerungsverfahren fortgesetzt werden soll. Die von der Einbürgerungskommission vorgeschlagenen Änderungen sind gut und sinnvoll im totalrevidierten Einbürgerungsreglement festgehalten. Hoffen wir, dass die Umsetzung ebenso angegangen werden kann mit der nötigen Unterstützung des Kantons. Auch hoffen wir, dass bei den Einbürgerungen weiterhin mit der nötigen Umsicht und mit Blick auf die Würde aller beteiligten Menschen vorgegangen wird.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Unsere Fraktion hat den vorliegenden Vorschlag zur Totalrevision des Einbürgerungsreglements studiert und anlässlich ihrer Sitzung diskutiert. Unsere Fraktion war mit dem bisherigen Reglement und der Praxis der Einbürgerungskommission sehr zufrieden. Aufgrund der Anpassung in der kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung ist es aber klar, dass unser Reglement einer umfassenden Anpassung bedarf. An dieser Stelle bedanken wir uns bei den Verantwortlichen unter der Leitung von Kurt F. Sieber für die seriöse Arbeit. Das neue Reglement regelt aus unserer Sicht, was auf kommunaler Ebene geregelt sein muss und lässt weg, was übergeordnet bereits klar bestimmt ist. Wir begrüssen, dass die Einbürgerungskommission weiterhin mithilfe von Anhörungen die Integration der Antragstellenden prüfen wird. Wir vertrauen, dass die Kommission ihre Arbeit seriös und im Sinn unserer Bürgerinnen und Bürger macht. Was wir ausserordentlich bedauern, aber auf kommunaler Ebene leider nicht ändern können, ist wie schon gehört die vom Grossen Rat des Kantons Thurgau beschlossene Verschärfung der benötigten schriftlichen Deutschkenntnisse auf das Niveau B2. Mitglieder unserer Parteien haben sich damals vehement gegen diese Verschärfung eingesetzt. Hätte unser Rat hier über diese Frage zu entscheiden, bin ich sicher, dass ein vernünftigeres Resultat herauskommen würde. Wir bedauern, dass es diese Verschärfung vielen niedrigqualifizierten Personen aus dem Ausland, die hier seit Jahren wertvolle Arbeit leisten, verunmöglicht, Schweizer Bürger zu werden. Einbürgerung bleibt damit gebildeten Personen vorbehalten, was bedauerlich ist. Etwas speziell finden wir, dass am 14. November über das rückwirkende Inkraftsetzen per 1. Januar entschieden wird. Das ist ungewöhnlich, scheint aber rechtens, weshalb wir uns damit einverstanden erklären. Unsere Fraktion befürwortet den Antrag einstimmig und empfiehlt Ihnen, Gleiches zu tun.

Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir konnten der Botschaft entnehmen, dass verschiedene Vorprüfungen zu kantonalen Stellen verschoben werden und die verbleibenden Aufgaben auf den Bürgerrechtsdiensten und auf die Einbürgerungskommission neu zugeordnet worden sind. Diese Zuordnungen waren eigentlich die einzigen Punkte, die bei uns Anlass zu Diskussionen gaben, nämlich Art. 10 Aufgaben des Bürgerrechtsdienstes und Art. 12 Aufgaben der Einbürgerungskommission. Aus den vorliegenden Unterlagen erschloss sich uns diese Zuordnung nicht. Wir hatten auch den Eindruck, dass das Reglement relativ chaotisch aufgebaut ist. Für uns war einfach nicht klar nachvollziehbar, warum jetzt gewisse Punkte vom übergeordneten Gesetz doch aufgeführt werden und andere wieder nicht. Uns war auch nicht klar, wie diese Punkte gewichtet werden. Es war auch wenig hilfreich, dass in der Botschaft ausgerechnet die Erläuterungen zu Art. 12 fehlten, und auch die Gesetzes- und Verordnungsauszüge im Anhang brachten bei uns keine Klärung, sondern verwirrten mehr. Es ist aber so, dass wir hier ganz auf die Arbeit der Subkommission vertrauen, die das Reglement erarbeitet hat. Wir sind der Ansicht, dass das neue Reglement für einbürgerungswillige Personen keine neuen Hürden schafft, und das betrifft nur das Frauenfelder Reglement. Die Hürden wurden wie schon gesagt auf der kantonalen Ebene eingebaut. Die Thurgauer Sprachanforderungen gehören schweizweit zu den strengsten und wir sind der Ansicht, dass einbürgerungswillige Personen, die so gut Deutsch können, grundsätzlich gut integriert sind. Wir hoffen deshalb auch, dass die Einbürgerungskommission bei den Gesprächen diesem Umstand Rechnung trägt. Wir werden dem neuen Einbürgerungsreglement zustimmen, wenn auch mit wenig Begeisterung.

Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fraktion hat das Reglement ausführlich beraten und empfiehlt es einstimmig zur Annahme. Anerkennung erntete vor allem auch die Subkommission, welche mit akribischer Arbeit rund 80 Stunden über diesem Werk brütete. Dass in der Kommission neben zwei Juristen auch zwei Nicht-Juristen Einsitz hatten, kam bei unserer Fraktion ebenfalls gut an. Weiter wurde auch geschätzt, dass mit verständlichen Formulierungen ein lokales Reglement geschaffen wurde, welches auch für Nicht-Juristen les- und anwendbar ist. Gemäss unseren Informationen sind die gewählten Formulierungen derart gut, dass bereits Anfragen von kleineren Gemeinden gekommen sind mit der Bitte, diese Formulierungen auch verwenden zu dürfen. Dass das Reglement rückwirkend auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt werden soll, dämpfte die Begeisterung ein wenig, ist aber in Tat und Wahrheit belanglos. Das vorliegende Reglement ist eine Anpassung an das übergeordnete Recht und beinhaltet klare Aufträge, wie die Abläufe in Frauenfeld geregelt sind. Dass es neben dem Hauptverfahren neu kein Nachverfahren mehr geben soll, ist eine der wichtigen Änderungen, die wir hier aber nur zur Kenntnis nehmen können, weil sie zu den neuen kantonalen Vorgaben zählt. Abschliessend möchte ich im Namen der Fraktion SVP/EDU den Mitgliedern der Subkommission nochmals herzlich danken für die geleistete Arbeit.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Präsident der Einbürgerungskommission: Vorerst ganz herzlichen Dank für die positiven Voten. Einen besonderen Dank möchte ich der Einbürgerungskommission und der Subkommission für die konziliante Zusammenarbeit aussprechen. Mit dieser Totalrevision erhält die Einbürgerungskommission die notwendigen Grundlagen für ihre weitere Tätigkeit. Den angewandten Grundsatz für die Totalrevision, alle Regelungen im übergeordneten Recht nicht mehr im Einbürgerungsreglement aufzuführen, finde ich absolut korrekt. Jedoch die Tätigkeiten der Einbürgerungskommission und des Bürgerrechtsdienstes müssen in der kommunalen Vorlage ausdefiniert sein.

Zum Votum von Pascal Frey: Die Sprachprüfung ist im kantonalen Recht festgesetzt und wir können die Vorgabe nicht herabsetzen.

Zum Votum von Michael Hodel: Rückwirkende Inkraftsetzung: Das eidgenössische und das kantonale Gesetz und die Verordnungen dazu wurden rückwirkend auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Das bedeutet, die Vorgaben sind für die Einbürgerungskommission jetzt in ihrer Arbeit

bereits gültig. Deshalb haben wir uns entschieden, auch das Einbürgerungsreglement auf dieses Datum rückwirkend festzulegen.

Dann noch zum Votum von Michael Pöll: Für mich war es wichtig, dass die Aufgaben des Bürgerrechtsdienstes und der Einbürgerungskommission klar geregelt sind. Das kann eine kleine Wiederholung des übergeordneten Rechts sein, aber wir müssen für unsere Arbeit von der Kommune einen entsprechenden Auftrag besitzen.

Das Reglement wird seitenweise beraten.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Totalrevision des Reglements über den Erwerb des Bürgerrechts der Politischen Gemeinde Frauenfeld (Einbürgerungsreglement) wird einstimmig genehmigt.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Das Reglement wird nun zur redaktionellen Überarbeitung an die Redaktionskommission überwiesen. Anschliessend wird das Reglement nach der Schlussabstimmung an der Sitzung vom 12. Dezember 2018 dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung unterstellt.

Die heutige Tagesordnung ist somit durchberaten. Ich danke allen für die aktive Gestaltung der Ratsdiskussion und bedanke mich bei der Gärtnerei für den schönen floralen Schmuck im Saal und Herbert Vetter und dem Team der Stadtkanzlei für die tolle Vorbereitung. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, den 12. Dezember bereits ab 16 Uhr statt. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:00 Uhr
